**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
05. Rat 2020-2025
Sitzungsdatum:
24.03.2021

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 24.03.2021

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Oliver Walther versammelte sich heute um 18:30 Uhr im Pädagogischen Zentrum der Stadt Übach-Palenberg, Comeniusstr. 16-18 der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2021
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.08.2020 aus öffentlicher Sitzung
3. Jahresbericht 2020 der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg
4. Controllingbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg
5. Annahme einer Schenkung
hier: Bilder des Künstlers Hermann Josef Mispelbaum
6. Wochenmärkte in der Stadt Übach-Palenberg
hier: Anschubfinanzierung zur Reaktivierung und Unterstützung der Wochenmärkte sowie Aussetzung der Erhebung von Marktgebühren
7. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg
8. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
9. Erstellung eines konsensorientierten Verfahrens zur Benennung von Straßen und Plätzen
hier: Ratsbeschluss vom 27.08.2020
10. Zuleitung des bestätigten Entwurfes des Jahresabschluss 2020
11. EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen
12. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Beteiligung der NEW NiederrheinWasser GmbH an der WLN Wasserlabor

Niederrhein GmbH

13. Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Übach-Palenberg
14. Mitgliedschaft im Netzwerk Innenstadt NRW
15. 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
16. Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 3. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss
17. Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
18. Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd- 1. Änderung hier: Abschluss der erneuten öffentlichen Auslegung und Beschluss als Satzung
19. Grundstücksübernahme aufgrund der Verlegung der K 11 im Zuge der Neugestaltung des Rathausplatzes sowie Aufstufung der Straße "An der Linde"
20. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr
21. Verkehrliche Gestaltung der geplanten Haupteerschließungsachse für das Neubauquartier Rimburger Acker
22. OGS Beitragssatzung
23. Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021 gem. § 4 GeschO betr. CORONA-Unterstützungsfonds: Maßnahmen zur Vereinsförderung
24. Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021 gem. § 4 GeschO betr. Co-Working Spaces in Übach-Palenberg - Unsere Zentren als Orte von Arbeit 4.0
25. Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2021 gem. § 36 GeschO betr. Erstellung eines Starkregenkonzeptes für das gesamte Stadtgebiet
26. Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 11.03.2021 gem. § 4 GeschO betr. Erlass der Gebühren für Außengastronomie im Jahr 2021 aufgrund Corona-Pandemie
27. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 27.1 Bestellung der persönlichen Vertreter für die neuen Mitglieder der Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises
- 27.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021 gem. § 36 GeschO betr. CORONA-Unterstützungsfonds: Teilnahme am NRW-Programm zur Förderung von Ferienprogrammen und außerschulischen Bildungsangebote
- 27.3 Mitgliedschaft im vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

28. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
29. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
30. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.08.2020 aus nichtöffentlicher Sitzung
31. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Viersen GmbH an der Erdgasversorgung Schwalmtal GmbH & Co. KG
hier: Übertragung der Anteile der Gelsenwasser AG an der Erdgasversorgung Schwalmtal Verwaltungs-GmbH auf die ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH
32. Erweiterungen zur Tagesordnung
33. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 33.1 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg -
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- 33.2 Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg -
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Daniela Altana	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Sven Bildhauer	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Bernhard Brade	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Johannes Bröhl	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Frau Claudia Burghardt	SPD (SPD-Fraktion)
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	B90/ Die Grünen (Fraktion B90/ Die Grünen)
Herr Marcel Derichs	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Nico Einmahl	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Heinrich-Josef Frings	UWG (UWG-Fraktion)
Herr Peter Fröschen	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Herbert Görtz	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Gerhard Gudduschat	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Peter Jung	parteilos (SPD-Fraktion)
Herr Walter Junker	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Frau Doris Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Lars Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Robert Kohnen	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)
Herr Dietmar Lux	CDU (CDU-FDP-Fraktion)

Herr Jens Meyer	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Pascal Rick	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)
Herr Gerd Streichert	SPD (SPD-Fraktion)
Frau Petra Streifels	SPD (SPD-Fraktion)
Frau Angela Suchan-Reinhardt	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)
Herr Josef Switalla	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Marco Thielscher	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)
Frau Corinna Weinhold	UWG (UWG-Fraktion)
Herr Hubert Wynands	CDU (CDU-FDP-Fraktion)

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Oliver Walther CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz

Herr Kämmerer Björn Beeck

Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Bischoff bis TOP 11

Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen

Herr Stadtverwaltungsrat Dieter Gudehus

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren

Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder

Herr Technischer Angestellter Peter Steingass

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeister Walther stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung und die Zuschauer.

Vor dem Hintergrund der Beschlussfassungen des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales am 16.03.2021 ließ Bürgermeister Walther über die Erweiterung der Tagesordnung um die nachfolgenden Punkte abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird erweitert

1. um Punkt 27.1 „Bestellung der persönlichen Vertreter für die neuen Mitglieder der Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises“
2. um Punkt 27.2 „Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021 gem. § 36 Gescho betr. CORONA-Unterstützungsfonds: Teilnahme am NRW-Programm zur Förderung von Ferienprogrammen und außerschulischen Bildungsangeboten“

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeister Walther beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.

Vor dem Hintergrund der Abstimmung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom heutigen Tag ließ Bürgermeister Walther weiterhin über die Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 27.3 abstimmen:

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um Punkt 27.3 „Mitgliedschaft im vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Walther beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung drei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten sowie eine Erklärung zur Tagesordnung abgeben wolle.

Die **UWG-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Erklärung der SPD-Fraktion zur Tagesordnung:

Die **SPD-Fraktion** nahm Bezug auf die Tagesordnungspunkte betr. die Bauleitplanungen und bat insbesondere aus Zeitgründen darum, über die einzelnen Stellungnahmen zusammenfassend abzustimmen.

Seitens der **Verwaltung** wurde darauf hingewiesen, dass es keine aktuelle Rechtsprechung des OVG NRW gebe, aus der sich ableiten ließe, ob über die seitens der Öffentlichkeit und der Behörden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen jeweils einzeln abgestimmt werden müsse oder ob im Ganzen abgestimmt werden könne, sofern hiergegen im Vorfeld kein Widerspruch erhoben werde. Hierzu habe die **Verwaltung** auch bereits in einer der vorangegangenen Sitzungsperiode Stellung genommen. Aufgrund der rechtlichen Unwägbarkeit werde weiterhin davon abgeraten, zusammenfassend abzustimmen, da dies möglicherweise zur Anfechtbarkeit des Verfahrens führen könne.

Die Nachfrage von **Bürgermeister Walther**, ob die Bitte der SPD-Fraktion als Antrag zur Geschäftsordnung gewertet werden soll, wurde bejaht.

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, sie unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion. Sie halte eine zusammenfassende Abstimmung für vertretbar, gerade weil es keine widersprüchliche Rechtsprechung hierzu gebe.

Beschluss:

Über die Abwägungstabellen zu den seitens der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen wird unter Tagesordnungspunkt 15, 17 und 18 jeweils im Ganzen abgestimmt, sofern hierzu im Vorfeld der Abstimmung kein Widerspruch erhoben wird.

Abstimmungsergebnis:

**32 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme**

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2021

Bezugnehmend auf die Beschlussfassung zur Einrichtung des Coronafonds erklärte die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**, sie sei davon ausgegangen, dass betr. die Verwendung des Fonds noch eine separate Beschlussfassung erfolge. Nun seien jedoch schon verschiedene Anträge auf der Tagesordnung, die Geld aus dem Fonds abgreifen wollen.

Bürgermeister Walther erklärte, wie eine Entscheidung über die Verwendung des Fonds erfolgen solle, sei nicht Gegenstand der Beschlussfassung gewesen. Der Rat sei jedoch frei, diese Entscheidung zu treffen.

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 25.02.2021 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.08.2020 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.08.2020 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur

Kenntnis genommen.

3. Jahresbericht 2020 der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg

Gleichstellungsbeauftragte Bischoff stellte dem Rat ihren Gleichstellungsbericht für das Jahr 2020 vor. Ihr Bericht ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.

4. Controllingbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg

Vor dem Hintergrund der Corona-Situation und den Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde auf eine erneute Vorstellung des Controllingberichts verzichtet.

Gleichstellungsbeauftragte Bischoff beantwortete Rückfragen der SPD-Fraktion, die sich auf die Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung des Ratsmandats für Frauen sowie die gendergerechte Sprache im Rahmen der Rats- und Ausschussunterlagen bezogen.

**5. Annahme einer Schenkung
hier: Bilder des Künstlers Hermann Josef Mispelbaum**

Bürgermeister Walther dankte dem Künstler Hermann Josef Mispelbaum im Namen von Rat und Verwaltung für die großzügige Schenkung.

Beschluss:

Die Schenkung der folgenden Bilder (1 Leinwandgemälde/ 10 Zeichnungen) des Künstlers Hermann Josef Mispelbaum wird angenommen:

- **Stuhlmann, 1972, Leinwandgemälde**
- **Die Rückkehr des Kriegers, 2005, Zeichnung**
- **Kahlschlag, 2007, Zeichnung**
- **Erd-Geburt, 2005, Zeichnung**
- **Erdlauf, 2008, Zeichnung**
- **Erdhaken, 2004, Zeichnung**
- **Zögling süß-sauer, 2013, Zeichnung**
- **Patient mit Pflegerin und Kind, 2013, Zeichnung**

- Erdpatient, 2018, Zeichnung
- Der Waffenhandel + (Raus), 2017, Zeichnung
- Die große Wut im Spiegel, 2018, Zeichnung

Die Schenkung ist mit keinerlei Auflagen verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**6. Wochenmärkte in der Stadt Übach-Palenberg
hier: Anschubfinanzierung zur Reaktivierung und Unterstützung der Wochenmärkte sowie Aussetzung der Erhebung von Marktgebühren**

Die **Verwaltung** erläuterte die Sitzungsvorlage und ihre Beweggründe für die vorliegende Beschlussempfehlung. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass beide Marktstandorte grundsätzlich ihren eigenen Kundenstamm haben, wolle man an beiden festhalten und die weitere Entwicklung abwarten.

Die **SPD-Fraktion** wiederholte ihre Anregung, beide Märkte zu einem zusammenzufassen und an einem zentraleren Standort wie dem Carlsplatz durchzuführen.

Beschluss:

1. Zur Wiederbelebung des Wochenmarktes auf dem Rathausplatz und dauerhaften Stärkung des Wochenmarktes an der Karlskapelle wird den ersten 5 neuen Händlern in dem Zeitraum vom 25.03.2021 bis zum 31.10.2021 eine Anschubfinanzierung in Höhe von 50,00 Euro je Standtag und Händler gewährt. Die Anschubfinanzierung wird auf einen Höchstbetrag von 7.750 € begrenzt.
2. Die Erhebung der Marktgebühren auf Basis der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Wochenmärkte in der Stadt Übach-Palenberg vom 15.10.1981 in der Fassung vom 14.11.2001 wird in der Zeit vom 25.03.2021 bis zum 31.03.2022 ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg

vom 03.07.2014 wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 1 werden die Wörter „ am 10. Tag“ gegen die Wörter „9 volle Tage“ ausgetauscht.
2. In § 4 Abs. 3 wird die Zahl „10“ gegen die Formulierung „9 volle“ ausgetauscht.
3. In § 4 Abs. 4 wird die Zahl „10“ gegen die Formulierung „9 volle“ ausgetauscht.
4. In § 4 Abs. 4 Buchstabe a) wird die Zahl „5“ gegen die Formulierung „4 volle“ ausgetauscht.
5. § 9 Abs. 2 Buchstabe d) wird wie folgt neu gefasst:
„Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken durch die Stadt; dies gilt auch für Pacht, Miete oder ähnliche Rechtsgeschäfte, durch die der Gemeinde Rechte an einer Liegenschaft verschafft werden bzw. die Stadt solche Rechte Dritten verschafft,“
6. § 9 Abs. 2 Buchstabe f) wird wie folgt neu gefasst:
„Angelegenheiten der Rechnungsprüfung mit Ausnahme der Beratung des Jahresabschlusses und der Entlastung des Bürgermeisters (§ 96 Abs. 1 GO NRW),“
7. In § 9 Abs. 4 wird die Zahl „49“ gegen die Zahl „48“ ausgetauscht.
8. In § 17 Abs. 1 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des Rates“ ausgetauscht.
9. In § 18 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des Rates“ ausgetauscht.
10. In § 19 Abs. 1 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des Rates“ ausgetauscht.
11. In § 19 Abs. 5 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des Rates“ ausgetauscht.
12. § 36 Abs. 9 wird zwischen den Paragraphen 8 und 25 um „16 Abs. 6,“ ergänzt.
13. § 40 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:
„Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, biometrischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.“
14. Der Klammerzusatz in § 41 Satz 5 „(vgl. § 18 Abs. 1 Nr. 1 DSGVO NRW)“ wird gegen den Klammerzusatz „(vgl. § 49 Abs. 1 DSGVO NRW)“ ausgetauscht.
15. § 41 wird nach Satz 5 um folgende Sätze ergänzt:
„Zu beachten ist hierbei die Beschränkung des Auskunftsrechts gem. § 12 DSGVO NRW.“

Vertrauliche Unterlagen sind unverzüglich und dauerhaft zu vernichten bzw. zu löschen, wenn diese für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden.

Bei einem Ausscheiden aus der Gemeindevertretung oder einem Aus-

schuss sind alle vertraulichen Unterlagen sofort dauerhaft zu vernichten bzw. zu löschen.

Die Unterlagen können auch der Gemeindeverwaltung zur Vernichtung bzw. Löschung übergeben werden.

Die ausgeschiedenen Mitglieder haben die Vernichtung bzw. die Löschung aller vertraulichen Unterlagen gegenüber dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin schriftlich zu bestätigen.“

16.§ 43 wird in Satz 1 u d 2 jeweils um die Alternative „oder digital zur Verfügung zu stellen“ ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg

Die **SPD-Fraktion** regte an, die Zuständigkeitsordnung im Rahmen einer interfraktionellen Sitzung inhaltlich komplett zu überarbeiten, um die ihrer Meinung nach vorhandenen Interpretationsspielräume auszuschließen.

Bürgermeister Walther wies darauf hin, dass die vorliegende Zuständigkeitsordnung zu Beginn der Wahlperiode fraktionsübergreifend gemeinschaftlich erarbeitet worden sei.

Beschluss:

Die Zuständigkeitsordnung wird wie folgt geändert:

1. § 5 Haupt- und Finanzausschuss

§ 5 Absatz 4 wird um den Buchstaben n) mit folgendem Inhalt ergänzt:
„Annahme von Schenkungen aller Art (z. B. Geld, Forderungen, Sachen, Dienstleistungen), soweit der Wert der Schenkung über 500 € liegt oder die Schenkung mit Auflagen verbunden ist, deren Erfüllung bei der Stadt Kosten verursacht.“

2. § 11 Zuständigkeit des Bürgermeisters

§ 11 Absatz 4 wird um den Buchstaben l) mit folgendem Inhalt ergänzt:
„Annahme von Schenkungen aller Art (z. B. Geld, Forderungen, Sachen, Dienstleistungen), soweit der Wert der Schenkung nicht über 500 € liegt und die Schenkung nicht mit Auflagen verbunden ist, deren Erfüllung bei der Stadt Kosten verursacht.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Erstellung eines konsensorientierten Verfahrens zur Benennung von Straßen und Plätzen
hier: Ratsbeschluss vom 27.08.2020

Beschluss:

Folgendes Verfahren zur Benennung von Straßen und Plätzen wird beschlossen:

1. Die Verwaltung teilt über das für die Benennung von Straßen und Plätzen zuständige Fachamt den Fraktionen frühzeitig die Notwendigkeit von Straßenbenennungen mit.
2. Die Fraktionen erarbeiten entsprechende Vorschläge und stimmen diese in Eigenregie im Rahmen einer fraktionsübergreifenden Besprechung miteinander ab. Hierzu entsenden die CDU-FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion jeweils 2 Mitglieder, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und die UWG-Fraktion jeweils 1 Mitglied.
3. Die Fraktionen sind berechtigt, weitere Personen für die Beratung hinzuziehen.
4. Die Fraktionen teilen der Verwaltung ihre gemeinsam erarbeiteten Vorschläge mit, die dann zur Vorberatung in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales und zur Entscheidung in den Haupt- und Finanzausschuss gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Zuleitung des bestätigten Entwurfes des Jahresabschluss 2020

Die Verwaltung wies darauf hin, dass der Jahresabschluss aus zeitlichen Gründen bis zur heutigen Sitzung leider nicht fertiggestellt werden konnte, dieser jedoch in den kommenden Tagen nachgereicht werde. Einer erneuten Sitzung zur Zuleitung des Jahresabschluss bedürfe es dazu nicht.

11. EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, sie würde sich gerne inhaltlich mit den Ausschreibungsunterlagen beschäftigen, um alternative Möglichkeiten der Abfallentsorgung bzw. mögliche Vorgaben betr. die Abfallentsorgung beraten zu können. Mit der heutigen Beschlussfassung würde man sich für den Status quo entscheiden ohne Alternativen zumindest abgewogen haben zu können.

Die **Verwaltung** verwies auf ihre Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss. Zusätzliche Vorgaben im Vergabeverfahren könnten zu weiteren Preissteigerun-

gen führen, die über die ohnehin zu erwartenden Preissteigerungen aufgrund der aktuellen Marktpreise liegen.

Die **SPD-Fraktion** schloss sich der Aussage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen an. Man wolle im Vorfeld darüber beraten können, wie ausgeschrieben werde.

Auf Antrag der **CDU-FDP-Fraktion** wurde die Sitzung von 20.06 Uhr bis 20.19 Uhr unterbrochen.

Im Anschluss führte die **CDU-FDP-Fraktion** aus, dass sie aufgrund der zeitlichen Problematik betr. die Ausschreibung und vor dem Hintergrund, keine zusätzlichen Preissteigerungen herbeiführen zu wollen, heute so zustimmen werde. Letztendlich könne man ohnehin nur Einfluss auf Kriterien betr. Bioabfall nehmen, da die Kriterien für Altpapier und Restmüll vom Kreis Heinsberg vorgegeben werden. Für die Zukunft erwarte jedoch auch sie eine frühzeitige Vorberatung im entsprechenden Fachausschuss.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie aufgrund der zeitlichen Problematik zustimmen werde, sofern zumindest die Ergänzung Berücksichtigung finde, dass bei gleichem Preis der Zuschlag dem Anbieter erteilt werden soll, der für den Bioabfall den kürzesten Transportweg hat.

Vor dem Hintergrund, dass diese Ergänzung zunächst rechtlich geprüft werden müsse, wurde sich auf folgende Formulierung verständigt: „Sofern es vergaberechtlich zulässig ist, soll bei gleichem Preis der Zuschlag dem Anbieter erteilt werden, der für den Bioabfall den kürzesten Transportweg hat.“

Beschluss:

Die Entsorgungsdienstleistungen in der Stadt Übach-Palenberg werden zum 01.01.2022 gemäß der Begründung EU-weit ausgeschrieben.

Sofern es vergaberechtlich zulässig ist, soll bei gleichem Preis der Zuschlag dem Anbieter erteilt werden, der für den Bioabfall den kürzesten Transportweg hat.

Abstimmungsergebnis:

**27 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen**

- 12. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Beteiligung der NEW NiederrheinWasser GmbH an der WLN Wasserlabor Niederrhein GmbH**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg stimmt der Übertragung der Geschäftsanteile der Stadtwerke Duisburg AG an der Wasserlabor Niederrhein GmbH

auf die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Gemäß § 4 Abs. 1 der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat werden folgende Kandidaten für die Dauer der Kommunalwahlperiode 2020 – 2025 in den Senioren- und Behindertenbeirat berufen:

1. Heinz-Dieter Massing
2. Frank Nowack
3. Gerrit Heidenreich
4. Hans Ohle
5. Renate Rautert
6. Sibille Breiler
7. Gerd Holländer
8. Mieke Lanceé
9. Barbara Kramer
10. Dieter Meyer

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14. Mitgliedschaft im Netzwerk Innenstadt NRW

Beschluss:

Der Mitgliedschaft im Netzwerk Innenstadt NRW mit einem Jahresbeitrag von 2.000 €, der erst ab dem Jahr 2023 zu zahlen ist, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Gemäß dem vorab gefassten Beschluss zur Tagesordnung fragte Bürgermeister Walther im Vorfeld zur Abstimmung zu Nummer 1 und 2 jeweils, ob es Wortmel-

dungen zu den einzelnen Stellungnahmen der vorliegenden Abwägungstabellen gebe. Dies war nicht der Fall. Im Weiteren fragte er, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, über die vorliegenden Abwägungstabellen jeweils im Ganzen abzustimmen. Auch dies war nicht der Fall, so dass Bürgermeister Walther entsprechend des vorab gefassten Beschlusses zur Tagesordnung die Abwägungstabellen jeweils im Ganzen zur Abstimmung stellte.

Beschluss:

1. **Über die von der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung gem. 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
2. **Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der frühzeitigen Beteiligung gem. 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
3. **Der Planentwurf zur 56. Änderung des Flächennutzungsplanes – Nahversorgung Frelenberg - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
4. **Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes – Nahversorgung Frelenberg - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

16. **Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 3. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. **Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – 3. vereinfachte Änderung wird gefasst.**
2. **Die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit erfolgt gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 letzter Halbsatz BauGB im Rahmen der Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB.**
3. **Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgt gem. 13 Abs. 2 Nr. 3 erster Halbsatz BauGB durch Übersendung des Planentwurfs einschl. der Begründung und der Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**17. Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Gemäß dem vorab gefassten Beschluss zur Tagesordnung fragte Bürgermeister Walther im Vorfeld zur Abstimmung zu Nummer 1 und 2 jeweils, ob es Wortmeldungen zu den einzelnen Stellungnahmen der vorliegenden Abwägungstabellen gebe. Dies war nicht der Fall. Im Weiteren fragte er, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, über die vorliegenden Abwägungstabellen jeweils im Ganzen abzustimmen. Auch dies war nicht der Fall, so dass Bürgermeister Walther entsprechend des vorab gefassten Beschlusses zur Tagesordnung die Abwägungstabellen jeweils im Ganzen zur Abstimmung stellte.

Beschluss:

- 1. Über die von der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung gem. 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der frühzeitigen Beteiligung gem. 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Der Planentwurf zum Bebauungsplan Nr. 118 – Nahversorgung Frelenberg - wird beschlossen. Vor der öffentlichen Auslegung können sich noch Änderungen am Plankonzept ergeben (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 118 – Nahversorgung Frelenberg - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**18. Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd- 1. Änderung
hier: Abschluss der erneuten öffentlichen Auslegung und Beschluss als
Satzung**

Gemäß dem vorab gefassten Beschluss zur Tagesordnung fragte Bürgermeister Walther im Vorfeld zur Abstimmung zu Nummer 1, 2 und 4 jeweils, ob es Wortmeldungen zu den einzelnen Stellungnahmen der vorliegenden Abwägungstabellen gebe. Dies war nicht der Fall. Im Weiteren fragte er, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, über die vorliegenden Abwägungstabellen jeweils im Ganzen abzustimmen. Auch dies war nicht der Fall, so dass Bürgermeister Walther entsprechend des vorab gefassten Beschlusses zur Tagesordnung die Abwägungstabellen jeweils im Ganzen zur Abstimmung stellte.

Beschluss:

- 1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden.**
- 4. Über die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 5. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 – Drinhausen-Süd - wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

19. Grundstücksübernahme aufgrund der Verlegung der K 11 im Zuge der Neugestaltung des Rathausplatzes sowie Aufstufung der Straße "An der Linde"

Bei der Beschlussfassung wurde die im letzten Absatz notwendige Korrektur („An

der Linde“ statt „An der Linder“) berücksichtigt.

Beschluss:

Grundstücksübernahme der neuen Flurstücke, Flur 17, Flurstücke 1833 und 1851

Der Grundstücksübernahme der Flurstücke in das Eigentum der Stadt Übach-Palenberg wird zugestimmt.

Aufstufung der Straße „An der Linde“ von der Gemeindestraße zur Kreisstraße

Der Aufstufung des Straßenabschnittes „An der Linde“ von Gemeindestraße in Kreisstraße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

20. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr

Beschluss:

Gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG) vom 23.09.1995 (GV.NRW.S.1028, ber. In GV.NRW 1996, S.81, S.141, S.216, S.355, ber. In GV.NRW 2007 S.327) in der zurzeit geltenden Fassung wird die im Eigentum der Stadt Übach-Palenberg stehenden Straße

- Pater-Bertram-Weg (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 33, Flurstück-Nr. 1161)

als Gemeindestraße im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrWG NRW eingestuft und dem öffentlichen Verkehr uneingeschränkt gewidmet. Sie haben entsprechend § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW die Funktion von Straßen, bei denen die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21. Verkehrliche Gestaltung der geplanten Hupterschließungsachse für das Neubauquartier Rimburger Acker

Beschluss:

Zur Planung und Querschnittsaufteilung des Straßenraums für die ange-

dachte Haupteerschließungsachse des Neubauquartiers Rimburger Acker wird die vorgestellte Variante D ausgewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

22. OGS Beitragssatzung

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass mit der heutigen Beschlussfassung das Thema OGS-Beiträge für sie noch nicht am Ende sei. Für die kommende Ratssitzung stelle sie den Antrag die unterste Beitragsstufe beitragsfrei zu stellen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die **2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Teilnahme von Schulkindern an außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen offener Ganztagschulen und der Vormittagsbetreuung im Primarbereich (Beitragssatzung OGS/Vormittagsbetreuung Primarbereich) vom 18. Mai 2020 der Stadt Übach-Palenberg in der aus Anlage 1 ersichtlichen Fassung mit Wirkung zum 01.08.2021 (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Die als Anlage 1 beigefügte Satzungsänderung ist Bestandteil des Ratsbeschlusses.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

23. Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021 gem. § 4 GeschO betr. CORONA-Unterstützungsfonds: Maßnahmen zur Vereinsförderung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur finanziellen Unterstützung von Vereinen zu erarbeiten, um insbesondere den negativen Entwicklungen der Corona-Pandemie zu entgegnen. Bevorzugt sollen Vereine gefördert und unterstützt werden, die Jugendarbeit betreiben. Dabei sollen auch Maßnahmen unterstützt werden, für die zusätzliche Mittel aus dem Heimat-Fonds des Landes NRW beantragt werden können. Für die Vereinsförderung wird in einem ersten Schritt ein Betrag von 20.000 € reserviert. Die vorgenannten 20.000 € werden aus dem sog. Coronafonds zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

24. Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021 gem. § 4 GeschO betr. Co-Working Spaces in Übach-Palenberg - Unsere Zentren als Orte von Arbeit 4.0

Die **SPD-Fraktion** nahm Bezug auf die Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Zukunft und erläuterte noch einmal ausführlich die Intention ihres Antrages.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für den Aufbau, die Einrichtung und den Betrieb von CoWorking Spaces im Übach-Palenger Stadtgebiet zu entwickeln. Hierbei sollen auch die Kompetenzen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Heinsberg mbH, der Carolus-MagnusCentrum für Umwelttechnologie GmbH und bereits aktive Anbieter*innen von Coworking hinzugezogen werden. Besonders zu prüfen sind hierbei die Möglichkeiten solche Angebote in bestehende Räumlichkeiten innerhalb der Zentren, bspw. in leeren Ladenlokalen, zu etablieren.

Abstimmungsergebnis:

**16 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen**

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

25. Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2021 gem. § 36 GeschO betr. Erstellung eines Starkregenkonzeptes für das gesamte Stadtgebiet

Die Verwaltung erläuterte, warum sie insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltssituation keine zwingende Notwendigkeit für die Erstellung eines Starkregenkonzeptes sehe.

Die SPD-Fraktion nahm Bezug auf die Diskussion im Ausschuss für Bauen und Ordnung, erläuterte den Grund ihres Antrages und verwies auf die 50%ige Förderfähigkeit.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2022 ein Starkregenkonzept gemäß der Arbeitshilfe des Landes NRW zu erstellen. Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan für das Jahr 2022 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

**12 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen**

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

26. **Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 11.03.2021 gem. § 4 GeschO betr. Erlass der Gebühren für Außengastronomie im Jahr 2021 aufgrund Corona-Pandemie**
-

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg möge den Nutzern von Außengastronomie für das Jahr 2021 die Nutzungsgebühren erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

27. **Erweiterungen zur Tagesordnung**
-

- 27.1 **Bestellung der persönlichen Vertreter für die neuen Mitglieder der Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises**
-

Die Verwaltung nahm Bezug auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales am 16.03.2021 und das Schreiben des Bürgermeisters vom 23.03.2021. Die Abfrage der Verwaltung habe ergeben, dass Nina Otten, Hedi Klee und Günter Preuth als Vertreter/innen für die Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises zur Verfügung stehen würden.

Beschluss:

Folgende persönliche Vertreter werden für die neuen Mitglieder der Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises bestellt:

Nina Otten für Hans-Josef Bröhl
Günther Preuth für Andrea Engels
Hedi Klee für Hermann Josef Vieth

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 27.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021 gem. § 36 GeschO betr. CORONA-Unterstützungsfonds: Teilnahme am NRW-Programm zur Förderung von Ferienprogrammen und außerschulischen Bildungsangebote**
-

Die **SPD-Fraktion** wies darauf hin, dass die entsprechenden Förderrichtlinien nun veröffentlicht worden seien. Der Förderzeitraum beziehe sich nicht ausschließlich auf die Ferien. Insoweit sollte die Beschlussformulierung angepasst werden.

Beschluss:

Die Verwaltung bietet zusätzliche und umfangreiche Angebote zur Betreuung und zur Erhöhung von Lernzeiten von Kindern im dafür geltenden Förderzeitraum an und setzt diese erstmals in den kommenden Sommerferien um. Dabei wird der Bedarf auch mit den Schulen abgestimmt. Es wird das Ziel verfolgt, in allen Stadtteilen Maßnahmen anzubieten. Entsprechende Fördermittel des Landes NRW sollen hierfür genutzt werden. Für die Deckung des Eigenanteils an der Landesförderung wird für 2021 ein Betrag von 5.000 € reserviert. Die vorgenannten 5.000 € werden aus dem sog. Coronafonds zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

27.3 Mitgliedschaft im vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Die Verwaltung nahm Bezug auf ihre Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am heutigen Tag und ergänzte, dass sich der Mitgliedsbeitrag i. H. v. 310 € in diesem Jahr durch den zu erzielenden Rabatt für eine geplante Fortbildung amortisiere.

Beschluss:

Einer Mitgliedschaft im vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

28. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

29. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer Beeck verwies auf den vorliegenden Bericht und erläuterte, dass die geringe Auslastung von der noch ausstehenden Haushaltsgenehmigung herrühre.

Anfragen

1. Anfrage der CDU-FDP-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-FDP-Fraktion** bestätigte die Verwaltung, dass der geplante Umzugstermin für das Gymnasium aufgrund des derzeitigen Baufortschritts in den Sommerferien gehalten werden könne.

2. Anfrage der CDU-FDP-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-FDP-Fraktion** erklärte die Verwaltung, dass nach den Ferien mit der Schlussrechnung für die Kanalsanierung Heerlener Straße zu rechnen sei.

3. Anfrage der CDU-FDP-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-FDP-Fraktion** erläuterte die Verwaltung, dass der Fachbereich 6 – Hoch- und Tiefbau die Notwendigkeit der Sanierung bestehender Radwegenetze prüfe und der Fachbereich 5 – Stadtentwicklung sich mit der Planung des Ausbaus des Radwegenetzes sowie der Inanspruchnahme entsprechender Fördermittel befasse.

1. Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** nach der Öffnungsstrategie für das Ü-Bad verwies die Verwaltung auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales und den dort beschlossenen Prüfauftrag.

2. Anfrage der SPD-Fraktion:

Die **SPD-Fraktion** nahm Bezug auf den Wegfall des barrierefreien Zugangs am AWO-Heim in Marienberg und die Aussage der Verwaltung aus November 2020, sie prüfe unterschiedliche Lösungsansätze. Auf Nachfrage inwieweit die AWO hierüber in Kenntnis gesetzt sei, erklärte Bürgermeister Walther, dass er persönlich hierzu im Gespräch mit Herrn Wagner stehe.

3. Anfrage der SPD-Fraktion:

Die **SPD-Fraktion** nahm Bezug auf die Vandalismusschäden im Sportheim Borscheln. Auf Nachfrage erklärte die Verwaltung, dass sie derzeit prüfe, wie sie hier Abhilfe schaffen könne.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verzichtete die **UWG-Fraktion** auf ihre Anfrage.

Bürgermeister Walther schloss um 21.54 Uhr die öffentliche Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Walther** um 21.57 Uhr die Sitzung.

Walther
Bürgermeister

Feiter
Schriftführerin